

marburger echo



Zeitung der DKP für Marburg

November 2004

01

Zwangsarbeit & Steuertricks in Marburg Zwei Entscheidungen

Der Kreistag Marburg-Biedenkopf hat in den vergangenen Monaten zwei Entscheidungen getroffen, die nicht nur von lokaler Bedeutung sind. In ihnen spiegeln sich gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wieder, die er nachvollzieht.

Im Juli beauftragte er den Kreisausschuß, sich um die „Betreuung“ der Langzeitarbeitslosen nach Hartz IV zu bemühen, dies also nicht der Agentur für Arbeit zu überlassen. Offenbar litt man bisher in der Kreisverwaltung unter Arbeitsmangel. Das zuständige Ministerium hat den Antrag inzwischen genehmigt. Ab 1. Januar wird das Landratsamt also das Arbeitslosengeld II überweisen und muß sich darum bemühen, Arbeitslose in Jobs zu ermitteln. Angeblich kann es das deshalb besser als die Arbeitsmarktagentur, weil es die Lage vor Ort gut kenne und insbesondere hervorragende Beziehungen zu hiesigen Unternehmern habe.

Wenn diese nicht anbeißen, bleiben ja immer noch die sogenannten Arbeitsmöglichkeiten, sprich: 1 – 2 – Euro-Jobs. Hiefür finden sich allerdings tatsächlich Interessenten. Gerade hat sich der Sportkreis Marburg gemeldet: man brauche Leute zum Rasenmähen und zum Abziehen von Tennisplätzen. Auch Übungsleiter auf 1-Euro-Basis könne man gut gebrauchen.

Merkwürdig: Vor kurzem konnte man



überall noch lesen, der Gesellschaft gehe die Arbeit aus. Jetzt ist sie plötzlich wieder da, als Arbeit: für Niedriglöhne. Wenn sie wenig kostet, wird sie gern genommen oder – um im offiziellen Deutsch zu reden: – es gibt wieder Arbeitgeber.

Zur Zeit melden sich recht viele Arbeitslose für solche Jobs an. Bis zum 1. Januar geschieht die Vermittlung nämlich noch auf freiwilliger Basis. Danach soll gezwungen werden. Dem wollen Betroffene verständlicherweise ausweichen, indem sie einer Verpflichtung unter Druck zuvorkommen.

Der Kreisausschuß hat sich verpflichtet, sich um Vermittlungen in den Ersten Arbeitsmarkt zu bemühen. Wenn ihm das nicht gelingt, wird er Ein-Euro-Jobs anbieten. Werden diese freiwillig angenommen, ist nicht viel dagegen zu sagen. Anders ist es,

wenn Verweigerung mit Leistungsentzug bestraft wird. Wer unter diesem Druck einen Job annimmt, leistet Zwangsarbeit. Hier sollten wir dem Kreisausschuß auf die Finger sehen.

Die zweite Grundentscheidung traf der Kreistag am 8. Oktober. Er verkaufte seine Schule an die Hannover Leasing GmbH & Co KG. Diese gibt sie an reiche Erbgemeinschaften weiter, die dadurch ca. 50 Millionen Steuern sparen. Der Kreis muß seine Schulen anschließend pachten und den Kaufpreis zurücklegen, um nach zehn Jahren die Gebäude zurückzubekommen. Dennoch macht er ein kleines Geschäft: die Investoren geben von ihrer Steuerersparnis ein Trinkgeld in Höhe von ca. 6 Millionen an den Kreis weiter. Ob es sich wirklich um Erbgemeinschaften handelt, ist übrigens unklar. Es könnte sich auch um Geldwäsche handeln. Die Hessen-CDU berief sich 1999 auf – erfundene – „jüdische Vermächtnisse“, um Schwarzgeld aus Waffenschleibungen zu tarnen.

Fassen wir zusammen: Die Unternehmer wollen Lohnnebenkosten für die Arbeitslosenversicherung sparen. Deshalb soll der Staat einspringen: er zahlt Arbeitslosengeld II. Zugleich werden seine Kassen durch verschiedene Steuererleichterungen geschmälert: durch Eichels Tarifsenkungen, aber unter anderem auch durch Sale & Lease-Back-Geschäfte. Da die verfügbaren Mittel immer knapper werden, wird der Druck auf die Arbeitslosen immer größer. So entsteht Zwangsarbeit.

All dies verbirgt sich hinter dem harmlosen Wörtchen „Neoliberalismus“.

Georg Fülberth

Nazi-Zentrum Kirtorf vorerst dicht

Wie die Frankfurter Rundschau am 08.09.04 berichtete wurde dem Betreiber der Scheune in der Marburger Strasse in Kirtorf, Bertram Köhler, mit sofortiger Wirkung ein Nutzungsverbot ausgesprochen. In der ausgebauten Scheune fanden seit Jahren nahezu ungehindert, von der Bevölkerung bis vor kurzen ignoriert und der Polizei toleriert, Rechts-Rock-Konzerte mit mehreren hundert Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet statt.

Das Vogelsberger Kreisbauamt habe den Treffpunkt der mittelhessischen Neonazi-Szene, in dem neben Konzerten auch Treffen der „Kameradschaft Kirtorf“ stattfanden, aufgrund eines „Bestandschutzes, der eine Nutzung als Veranstaltungsraum verbiete“ geschlossen. Da angeblich erst durch die Berichterstattung im TV (Berichte

in Spiegel TV und Kontraste) die „unzulässige Nutzung“ nachweisbar geworden sei, bestünde erst nun die Möglichkeit zum Handeln.

Am 11.07. strahlte Spiegel TV erst mal Bilder von einem der unzähligen Konzerte in der Scheune aus, bei dem die Neonazi-Band „Garde 18“ gefilmt wurde, wie diese in Liedern zum Mord an Juden aufrief. Am 25.08.04 durchsuchten dann Polizeibeamte aus Mittelhessen das Anwesen von Bertram Köhler in der Marburger Strasse, ebenso das Gelände von „Berserker Kirtorf“-Mitglied Glenn Engelbrecht in Kirtorf-Gleimenhein und das Haus des angeblichen Veranstalter des Konzertes in Unterfranken. Bei Köhler fanden diese neben Waffen auch sog. NS-Propagandamaterial - u.a. Hakenkreuzfahnen, Rudolf-Hess-Plakate, Hitlerbüsten. Die Hausdurchsuchungen und die derzeitige Schließung des Zentrums als antifaschistische Handlung zu deuten, würde die Verhältnisse vor Ort und die Motivation deutscher Ordnungsbehörden erklären. Vielmehr blieb diesen wohl aufgrund der antifaschistischen Aufklärungsarbeit und der intensiven Pressearbeit der Reporter, insbesondere durch den Konzertbericht, keine andere Möglichkeit als zu reagieren.

Wir dürfen gespannt sein, ob Bertram Köhler und seine „Berser-

ker“ sich an die Nutzungsverfügung halten oder Ausweichpunkte finden werden. Das „Aktionsbüro-Mittelhessen“ (ABM) um Manuel Mann (Rossdorf /Amöneburg) ist weiterhin aktiv und mobilisierte zum „Tag der mittelhessischen nationalen Jugend“ am 23.10.04. Zwar konnte eine geplante Saalveranstaltung mit dem Nazi-Liedermacher Frank Rennie nicht stattfinden, da kein Raum gefunden wurde. Dennoch marschierten rund 40 Neonazis von 500 Polizisten beschützt durch Cappel und Rechtsextremisten wie Christian Worch aus Hamburg und Peter Naumann konnten ihre menschenverachtende Propaganda öffentlich kundtun.

Kein Treffen irgendeiner Nazi-Gruppierung in Mittelhessen oder sonst wo! Für die endgültige Schließung des Zentrums in Kirtorf! <http://de.indymedia.org>

ARBEIT & SOZIALES

Die Mär von der
Arbeitszeitverlängerung

BERICHT

zur Konferenz „Kämpfe in
unserer Zeit“

INTERNATIONALES

Brigadebericht aus dem
sozialistischen Cuba

DISKUSSION

Die postmoderne
Philosophie

JUGEND

Weltfestspiele der Jugend in
Venezuela

REZENSION

Die Geburt der Dritten Welt

Ewiges Marburger Echo

Irgendwo gibt es noch das hektografierte Exemplar einer Zeitung aus dem Jahr 1931. Der Titel heißt „Marburger Echo“. Herausgegeben wurde es von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Unter anderem berichtete ein Bauer mit dem Namen Nau aus dem Ebsdorfergrund dort über seine Reise in die Sowjetunion, wo es ihm gut gefallen hatte.

Als Anfang der siebziger Jahre die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) eine Lokalzeitung gründete, nannte sie sie „Marburger Echo“. Der KPD-Vorgänger war damals noch nicht bekannt. Das Blatt wurde Straße für Straße in die Briefkästen gesteckt.

Das Marburger Echo machte die Positionen der DKP im ganzen Landkreis bekannt. Es hatte einen großen Anteil an den Wahlerfolgen dieser Partei seit 1972.

1989 war damit Schluß, zunächst schien es für immer.

Die DKP verlor viele Mitglieder, aber sie brach nicht zusammen. Bis 1993 blieb sie noch in der Stadtverordnetenversammlung.

Es zeigte sich in den vergangenen Jahren, daß die Lücke, die die „alte“ DKP 1989 hinterlassen hatte, nicht durch andere Organisationen geschlossen werden konnte, auch nicht durch die PDS und ihr „Neues Marburg“.

So lange es den Kapitalismus gibt, wird es kommunistische Parteien geben, seien sie groß oder klein. Und in Marburg wird es immer wieder ein (Marburger) Echo dieser Kämpfe geben. Georg Fülberth

Weg mit
Hartz IV

Sozial is' muss
DKP

www.dkp-online.de

Kurzmeldungen

Erstarken rechter Parteien nicht überbewerten?

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, sieht keinen Anlass, die Wahlerfolge neofaschistischer Parteien in Deutschland „überzubewerten“. Wie der BDI-Präsident in der Ausgabe der Chemnitz-er „Freien Presse“ vom 29.09.04 erklärt, halte er hingegen die Wahlerfolge der Linken für eine viel größere Gefahr. Damit erklärt zum ersten Mal einer der einflussreichsten deutschen Wirtschaftsfunktionäre ein Wiedererstarken des Nationalsozialismus in Deutschland für nachrangig und den Kampf gegen die parlamentarische Linke zur Priorität. Er bringt damit eine politische Option ins Spiel, die die Auseinandersetzungen in der Weimarer Republik prägte und die Voraussetzungen für deren Ende im Bündnis zwischen deutschen Konservativen und Nationalsozialisten schuf.

www.german-foreign-policy.com

Marburger Jugendliche aktiv gegen Rechtsextremismus

In Marburg hat sich schon vor einigen Monaten das „Jugendbündnis gegen Rechts“ gegründet. Auf Initiative der Jugendantifa (<http://marburg.antifa.net>) haben sich antifaschistische Jugendgruppen, Schülervereinigungen und einzelne Jugendliche zusammengeschlossen, um dem massiven Auftreten von Neonazis in der Region etwas entgegenzusetzen. So wurde bereits am 17.07. eine Demo „gegen Rassismus, Faschismus und Antisemitismus“ veranstaltet, an der sich 70 Jugendliche beteiligten. Als nächstes sind Infoveranstaltungen an Marburger Schulen geplant, um über die Aktivitäten von Rechtsextremen in der Region aufzuklären. Oberstes Ziel des Bündnisses ist es möglichst viele Jugendliche mit antifaschistischen Positionen zu erreichen.

Kontakt:

jugend_gegen_rechts@yahoo.de

Anzeige

MARXISTISCHE BLÄTTER

jetzt neu: Ausgabe 5-04

Thema: 1989 bis 2004 - fünfzehn Jahre Konterrevolution?

Aus dem Inhalt:

*Das Ende der DDR und der Epochenumbuch. Von Uwe-Jens Heuer

*Konterrevolution in Permanenz
Von Gerd Deumlich

*Klassenanalyse, soziale Polarisierung und Klassenbildung nach 1989
Von Ekkehard Lieberam

*Wer ist heute das Subjekt der Veränderung? Von Werner Seppmann

Aktuell:
*SPD zwischen den Klassen
Von Georg Fülberth

Positionen:
*Gibt es einen europäischen Imperialismus? Von Domenico Losurdo

*Zum technokratischen Konservatismus
Von Robert Steigerwald

Marxistische Blätter, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen, 7, 50 Euro
<http://marxistische-blaetter.de>

ARBEIT & SOZIALES

Arbeitszeitverlängerung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ?

Die Lohnnebenkosten sind zu hoch, die Deutschen arbeiten zu wenig – wir brauchen die 40 – Stundenwoche ?

Verstärkt wird in den letzten Monaten von Politik, Wirtschaft und Medien propagiert, dass der Grund für das nahezu unaufhaltsame Ansteigen der Arbeitslosigkeit in der jahrzehntlang betriebenen Arbeitszeitverkürzung seitens der Gewerkschaften liegt.

Hier wird versucht einen Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung zu erzeugen. Ausgehend von dieser Behauptung wird der Öffentlichkeit vermittelt, dass die Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden kann.

So wird argumentiert, dass durch die unentgeltliche Verlängerung der Arbeitszeit die Lohnkosten und somit die gesamten Unternehmensausgaben gesenkt werden können. Dies führe angeblich zu zweierlei:

Erstens werden durch diese Kostenreduzierung „finanzielle Freiräume“, sprich Profite geschaffen, die zu Investitionen in Form von Arbeitsplätzen führen sollen.

Und Zweitens führt die faktische Lohnsenkung zu einer besseren Stellung deutscher Unternehmen im Wettbewerb mit der internationalen Konkurrenz. Dies fördere die Sicherung inländischer Arbeitsplätze sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Inland durch Anreize für Investoren.

Was folgt daraus? Lohnabhängige, die (noch) Arbeit haben, arbeiten länger und schaffen auf diese Weise noch zusätzlich Arbeit? Und das bei stagnierender Nachfrage?

Man muss kein Ökonom sein, um zu erkennen, dass dies ein Widerspruch in sich ist.

Vorweg gilt es zu begreifen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Rückgang der Arbeitszeit und steigender Arbeitslosigkeit gibt. Damit wird bereits die Grundlage der derzeitigen Polemik stark in Frage gestellt. So liegt z.B. die Arbeitslosenquote in den Niederlanden bei 2,3 Prozent und in Deutschland bei 8,1 Prozent (OECD-Standard), während die jährliche Arbeitszeit pro Beschäftigten in den Niederlanden um mehr als 200 Stunden unter der deutschen liegt (Quelle OECD, 2002). International gibt es somit keinerlei Zusammenhang zwischen der Wochenarbeitszeit und der Lage am Arbeitsmarkt.

Doch auch die daran anknüpfende Argumentation erweist sich als Scheindebatte: Denn wie wirkt sich eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf die Personal- und Produktionsentwicklung aus?

Erstens: Jedes Unternehmen produziert mit einer bestimmten Anzahl von Arbeitnehmern eine bestimmte Absatzmenge in Abhängigkeit der Nachfrage. Erhöht sich nun die Arbeitszeit kann dies zu zwei unterschiedlichen Resultaten führen. Soll die produzierte Menge beibehalten werden führt dies zwangsläufig zu Entlassungen. Sollen keine Arbeitnehmer entlassen werden wird die Produktion erhöht. Dabei ist aus marktwirtschaftlicher Sichtweise zu bedenken, dass die entwickelten Volkswirtschaften ohnehin nicht zu wenig Konsumgüter produzieren, sondern es ihnen vielmehr an der notwendigen Nachfrage mangelt. Durch diese Art der Lohnkostensenkung – nichts anderes bedeutet die Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich – wird die Nachfrage zusätzlich geschwächt, wobei zu bedenken ist, dass das Reallohniveau in den letzten fünfzehn Jahren um über drei Prozent gesunken ist, hingegen die Arbeitslosigkeit zugenommen hat.

Zweitens: Die durch die faktische Lohnsenkung erzeugten Mehrgewinne werden nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt. Stattdessen werden sie im modernen Kapitalismus in Form der Dividenden an die Anteilseigner ausgeschüttet. Die nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften schütteten im Jahr 2000 98 Prozent ihrer Gewinne an Aktionäre und Teilhaber aus. Die Investitionen hingegen wurden zu drei Vierteln über Abschreibungen finanziert, der Rest meist über Kredite. Des Weiteren werden Profite für Rationalisie-

rungsinvestitionen eingesetzt, die zur Erhöhung der Produktivität und damit zu Entlassungen führen. Oder sie werden an den internationalen Finanzmärkten und Börsen spekulativ verwendet, also nicht mehr in der Produktion. Ein vierter Verwendungszweck ist die Reinvestition im Ausland. Beispiel Direktinvestitionen: mehr als vier Fünftel der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen dienen nicht dazu, Betriebsstätten im Ausland neu aufzubauen, sondern existierende Unternehmen mit ihren Absatzmärkten aufzukaufen. Ein Eingeständnis an die selbst mit verursachte Schwäche der Binnennachfrage.

Drittens bezweckt die Lohnkostensenkung eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Unternehmen und damit den dazugehörigen ausländischen Lohnabhängigen. Aber was bedeutet das für uns? Wir sollen im Namen des Kapitals in den Wettkampf um die niedrigsten Löhne auf internationaler Ebene eintreten und damit an der globalen Abwärtsspirale drehen, mit dem nationalistischen Ziel, Arbeitsplätze nach Deutschland zu holen, während woanders Lohnabhängige entlassen werden. Wir sollen somit einen Kampf gegen uns selbst führen – als Klasse der Lohnabhängigen. Die internationale Solidarität soll mit der primitiven nationalen Sachzwanglogik des Kapitals untergraben werden. Aber nicht nur in Deutschland: Der französische Finanzminister Sarkozy erwägt nach der Rückkehr Siemens zur 40- Stunden-Woche einen Generalangriff auf die 35-Stunden-Woche.

Fazit: Was also ist aus ökonomischer Sicht die Lösung der Arbeitsmarktproblematik? Kann die Arbeitszeitverkürzung das Allheilmittel sein?



Nein. Das Problem liegt vielmehr in der Funktionsweise des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst – sprich die Abhängigkeit der Lohnabhängigen von der Logik des Kapitals. Die Lohnabhängigen sind diejenigen, die den Mehrwert, also die Gewinne erzeugen. Werden sie durch Maschinen ersetzt, steigen zwar Produktivität und (kurzfristig) Gewinne, doch langfristig fallen diese im Verhältnis zu den Investitionen durch die immer geringer werdende Anzahl von Lohnabhängigen, die im Gegensatz zum Sachkapital Werte erzeugen können. Solange das Kapitalverhältnis existiert, wird der Kampf für allgemeine Arbeitszeitverkürzung „nur“ dazu dienen können, die Folgen der Arbeitslosigkeit abzumildern, aber nicht, diese zu beseitigen. Jedoch: Zu der wirklichen Alternative ist dies zumindest die pragmatische Lösung.

Marco Geis & Markus Hofmann

35 Jahre UZ
Zeitung der DKP

Statt 42 -Stunden-Woche:

4 Wochen UZ lesen!

Kostenlos! Sofort!

Zu dem Tarif problem' ich die UZ:

Name, Vorname: _____

Straße, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

Alter: _____

Einsenden an:
CommPress-Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
Tel.: 0201-2486482, Fax: 0201-2486484

BERICHT

Kämpfe in unserer Zeit

Konferenz von Marx-Engels-Stiftung und DKP-Gewerkschaftsforum zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„Anstöße für die Analyse der aktuellen Auseinandersetzungen geben“, das wollte die Konferenz „Kämpfe in unserer Zeit - Widerstandsformen, Bewusstseinsentwicklung, Perspektiven“ der Marx-Engels-Stiftung und des Gewerkschaftspolitischen Forums des Parteivorstandes der DKP. [...]

Die fünfzig Konferenzteilnehmer kamen längst nicht alle von der DKP, genauso wenig wie die Referenten. Der Vorsitzende des Konzernbetriebsrates der Alstom Power in Mannheim, Udo Belz, berichtete über die Schwierigkeiten der internationalen Zusammenarbeit von Betriebsräten, aber schon hierzulande zur Koordination der Abwehr drohender Betriebsschließungen. Bei drei von vier Betrieben in der BRD gelang dies, so dass durch betriebliche und öffentliche Aktionen 60 Prozent der Arbeitsplätze verteidigt werden konnten. Nur der Betriebsrat des Nürnberger Werkes ging separate Wege - und scheiterte. Über seine Erfahrungen bei Streiks sprach Jürgen Hinzer, Sekretär der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Frankfurt. Am Beispiel der Molkerei Immergut im mittelhessischen Schlüchtern zeigte er auf, dass Beschäftigte zu dem bewussten Schritt von der aktiven Verteidigung ihrer Interessen im Betrieb zur Teilnahme an öffentlichen Aktionen gegen Hartz IV vor allem dann zu bewegen sind, wenn sie nicht erst jetzt und spontan, sondern systematisch und über eine längere Zeit an die sozialen Auseinandersetzungen außerhalb des Betriebes herangeführt wurden.

Wie durch europaweit abgestimmte Aktionen von Hafenarbeitern die Politiker „überzeugt“ werden konnten, eine von der Europäischen Union geplante Deregulierungsrichtlinie zu kippen, darüber informierte Bernt Kamin. Der Betriebsratsvorsitzende des Hamburger Hafens setzte hierbei sowohl auf die beteiligten Gewerkschaften als auch auf die direkte Kooperation der Betriebsräte in vierzehn Ländern Europas. Auf dieser Basis soll langfristig auch eine gemeinsame Tarifpolitik entwickelt werden, da für die Arbeitskosten in den Häfen dieser Staaten letztlich ähnliche Eckwerte bestehen. Schließlich veranschaulichte Leo Mayer, ehemals stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Siemens in München, die Probleme und Chancen einer Mobilisierung nicht nur der Arbeiter, sondern auch „besserverdienender“ Angestellter bei der Verteidigung ihrer Arbeitsplätze. Er machte deutlich, dass es für Betriebsräte keine Notwendigkeit gibt, sich bei der Durchsetzung von Sozialplänen auch Auswahlkriterien oder sogar Personallisten für spätere Entlassungen abpressen zu lassen. Bei Siemens führte die fortwährende Solidarität der Beschäftigten mit bereits Gekündigten zu einer großen Zahl von Wiedereinstellungen. Der Erfolg in dem Siemenswerk München, so Leo Mayer, hing maßgeblich damit zusammen, dass der Betriebsrat keine Stellvertreterpolitik betrieb, sondern die Beschäftigten in jeden Schritt des Widerstandes einbezog.

Der nüchternen Analyse der Referenten schlossen sich die anwesenden betrieblich, gewerkschaftlich und politisch Aktiven in der Debatte an. Während Jürgen Brandis die Notwendigkeit eines stärkeren und kontinuierlichen Erfahrungsaustauschs lin-

ker betrieblicher und gewerkschaftlicher Funktionäre unterstrich, forderten Klaus Seibert und Rolf Knecht einen schnelleren Informationsfluss bei betrieblichen Problemen, die von DGB-Gewerkschaften in der Region zu öffentlicher Solidarität genutzt werden könnten. Keinen Widerspruch gab es auf die Plädoyers von Sepp Mayer, Ellen Weber, Robert Steigerwald und Werner Seppmann, die Unternehmer als die Hauptgegner im Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau ins Blickfeld zu rücken, ohne die Bundesregierung und ihre flankierende Politik in der Kritik zu schonen.

Deshalb müssten, so Heinz-Jürgen Groh und Monika Strauß, die Auswirkungen von Hartz IV nicht nur im politischen Raum, sondern stärker auch in den Betrieben analysiert und thematisiert werden. Denn die diffuse Angst davor in den Belegschaften sei entscheidend für schnelle Zugeständnisse von Betriebsräten, meinte Peter K., vorausgesetzt, diese führten nicht zu direktem Lohnabbau, wie beispielsweise bei einer Arbeitszeitverlängerung. Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr empfahl, die positiven wie negativen betrieblichen Erfahrungen stärker in den Gewerkschaften zu diskutieren, damit sich im Zuge einer breiten strategischen Debatte deren politische Orientierung ändere. Keinen Grund zu Pessimismus sah auch der 89-jährige frühere Chefredakteur der „Metall“, Jakob Moneta. „Die Zeit ist gar nicht so schlecht für uns“, stellte er aufgrund verschiedener Umfragen in der Bevölkerung fest. Er sehe viele Anzeichen für die Entwicklung „zu einer internationalen Arbeiterklasse, die sich wehrt“.

Horst Gobrecht, aus UZ - Zeitung der DKP, Nr. 38/04

INTERNATIONALES

Weder Hölle noch heile Welt

Solidaritätsbrigade auf Cuba - Reisebericht über das fortschrittlichste Stückchen Erde

Diesen Sommer lebte und arbeitete ich einen Monat lang in Cuba. Nicht als All-Inclusive-Tourist in einem Luxus-hotel, sondern im Rahmen einer Solidaritätsbrigade des Weltbunds der Demokratischen Jugend (WBDJ). Unser Ziel war, an der Uni in Matanzas einige Gebäude wieder in Stand zu setzen und nutzbar zu machen. Diese Idee kam von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ): sie beschloss das Projekt vor 2 Jahren, nahm noch weitere 9 kommunistische Jugendverbände aus Europa und Nordamerika mit ins Boot, um insgesamt 40 000 US-Dollar Spenden zu sammeln und drei international besetzte Brigaden mit insgesamt 80 Teilnehmern nach Cuba zu schicken.

Ein Land voller Widersprüche

Ein Gesundheitssystem, von dem wir in Deutschland nur träumen können: wann immer man Hilfe braucht, wird man im Hospitalito (=Krankenhäuschen) empfangen und versorgt. Von „in den Finger geschnitten“ bis Blinddarmentzündung, ohne Krankenkassenkärtchen, ohne 10 Euro Gebühr, ohne stundenlanges Sitzen im Wartezimmer. Stundenlanges Warten dagegen vor den Dollar-Läden. Nur



hier bekommt man einige begehrte Güter wie Shampoo, Cola oder Klopapier. Doch der Dollar spaltet die Gesellschaft. Zwar kann man frei Dollars tauschen, ohne Dollareinkommen (aus der Tourismusbranche oder von Verwandten aus dem Ausland) ist das jedoch kaum bezahlbar.

Fortschritt und alte Vorurteile

Widersprüchlich auch die Massenorganisationen: Sie sind der wichtigste Pfeiler der cubanischen Demokratie und sie führen 600 konkrete Programme durch, um die Revolution zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Fragt man eine Vertreterin des Frauenverbands FMC nach Homosexualität, kann man schon mal zu hören kriegen, dass sie vor ihren Kindern nicht über dieses Thema sprechen will und lieber tanzen möchte. Hier leben alte Vorurteile weiter, obwohl die cubanische Regierung fortschrittlicher ist und alle homophoben Gesetze gestrichen hat. Genau wie in der Frauenfrage: der Machismo hat viele weibliche Brigadeteilnehmerinnen auf die Palme gebracht.

Unsere Perspektive: Sozialismus!

Insgesamt hat mein Aufenthalt bestätigt: Sozialismus ist der richtige Weg. Die finanziellen Probleme und der Druck der USA erschweren vieles. Verglichen mit anderen Ländern in Lateinamerika und der dritten Welt bleibt Cuba Hoffnung und – für die Armen dieser Welt: Paradies.

Rosa Schwenger

DISKUSSION

Die Ersetzung von Wahrheit durch Meinung

Zur Philosophie der Postmoderne

Seit ungefähr zwanzig Jahren ist unter deutschen Intellektuellen eine Strömung in Mode, die sich als „postmodern“ bezeichnet. Der Begriff stammt ursprünglich aus der Architektur, wo er für eine Abwendung von einem streng an Zweckmäßigkeit orientierten und eine Hinwendung zu einem eher spielerischen Baustil steht. In der bildenden Kunst wurde er eingeführt, um ein beliebiges Mischen von Stilen zu bezeichnen sowie die Behauptung, alle festen Maßstäbe, zu beurteilen, was Kunst ist, seien hinfällig – Joseph Beuys drückte das mit den Worten aus: „Jeder ist ein Künstler!“

Aus der Kunst drang der Begriff in die Philosophie und andere Geisteswissenschaften ein. Zur Postmoderne werden insbesondere französische Denker gezählt, z.B. Michel Foucault, Jaques Derrida und John-Francois Lyotard. Von den Thesen der postmodernen Philosophie seien zwei herausgegriffen:

1. Sie behauptet, die Welt sei nicht erkennbar; alle unsere Aussagen über sie seien lediglich sprachliche Konstrukte. Das heißt: Wir schaffen die Welt durch die Art und Weise, über sie zu reden, denn wie man etwas nennt, hat folgen dafür, wie man es behandelt. Daraus folgt, dass es keine Wahrheit geben kann und man letztlich behaupten kann, was man will. Damit grenzt sich die Postmoderne von der Tradition der Aufklärung ab, die den Anspruch erhob, der

Mensch könne die Welt kraft seiner Vernunft erkennen und darauf aufbauend über seine Lebensverhältnisse selbst bestimmen. Damit verbindet sich natürlich auch ein Angriff auf den Marxismus, der ja in der Tradition der Aufklärung steht. Gerechtfertigt wird diese Position mit dem Verweis darauf, dass im Namen der Wahrheit viele schreckliche Verbrechen begangen worden sind, etwa unter Stalin, der sich auf die objektiven Gesetze der Geschichte berief.

2. Für die Postmoderne gibt es keine „Geschichte“ im Sinne eines erkennbaren roten Fadens in der Weltgeschichte. Jede Kultur habe doch ihre eigene Perspektive, aus der sich Geschichte ganz anders darstelle als aus anderen Blickwinkeln. Auch dies ist ein Angriff auf den Marxismus, der ja sagt, die Geschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen.

Zu 1.: Nun ist der Hinweis auf die schlimmen Folgen dogmatisch vertretener Wahrheitsansprüche nicht von der Hand zu weisen. Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, die postmoderne Beliebigkeit, die jedem Unsinn den gleichen Wahrheitsgehalt zubilligt, führe aus diesem Problem heraus. Genauer betrachtet stehen sich beide Positionen – Dogmatismus und Beliebigkeit – gar nicht so fern. Der Dogmatismus führt zur Beliebigkeit – denn es geht bei ihm nicht mehr um wahre Erkenntnisse, sondern nur noch darum, wer die Macht hat, sein Dogma durchzusetzen. Und die Beliebigkeit führt zum Dogmatismus – denn wenn man behaupten kann, was man will, braucht man

sich keiner Kritik mehr zu stellen. Damit geht auch jeder Maßstab verloren, etwa autoritäre Herrschaft zu verurteilen. Beleg dafür ist Foucaults Verteidigung der „Islamischen Revolution“ im Iran; ihren Kritikern warf er fehlendes Verständnis anderer Kulturen vor (s. Elsässer 2002, S. 84).

Ergebnis der Beliebigkeit im Denken ist die Ersetzung von Wahrheit durch bloße Meinung – Theodor W. Adorno hat dazu in den 60ern schon viel Kluges geschrieben in seinem Aufsatz „Meinung Wahn Gesellschaft“ (Adorno, 1997, S. 573-594). Wer denkt dabei nicht an jene Menschen, die durch kein Argument davon abzubringen sind, dass uns die Ausländer auf der Tasche liegen und Juden immer nur ans Geld denken – sie meinen das eben!

Zu 2.: Es ist ebenfalls wahr, dass man etwa die Geschichte Westeuropas und die der amerikanischen Ureinwohner vor der Kolonialisierung kaum auf einen Nenner bringen können. Aber seit der Kapitalismus sich weltweit durchgesetzt hat, ist alle Geschichte Weltgeschichte. Kapitalismus hat es nämlich von Anfang an nur als weltweiten arbeitsteiligen Zusammenhang gegeben, so dass die Entwicklung in allen Regionen der Erde heute voneinander abhängig sind und man etwa keinen ethnischen Konflikt in Afrika noch hinreichend ohne Analyse der Mechanismen der kapitalistischen Weltwirtschaft verstehen kann. Die postmoderne Leugnung eines roten Fadens in der Geschichte trägt also zur Analyse der heutigen Welt nichts bei.

Heiko Bolldorf

Zitierte Literatur:

Adorno, Theodor W.: *Gesammelte Schriften 10.2, Suhrkamp 1997*
Elsässer, Jürgen: *Make Love and War. Wie Grüne und 68er die Republik verändern; insbes. S.69-95; Phal-Rugenstein 2002*

Auf nach Caracas !

Bundesweites Vorbereitungskomitee für die Weltfestspiele der Jugend & Studierenden in Venezuela gegründet.

Im August 2005 werden die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Caracas, Venezuela, stattfinden. Es werden 15. - 20.000 Jugendliche und Studenten aus allen Teilen der Erde erwartet, um gemeinsam zu diskutieren, zu planen und natürlich auch Spaß zu haben.

Um möglichst vielen Jugendlichen aus Deutschland die Möglichkeit zu bieten an den Weltfestspielen in Venezuela teilzunehmen wurde im September im Berliner DGB-Haus ein bundesweites Vorbereitungskomitee gegründet. Zum



Gründungstreffen waren unter anderem Vertreterinnen und Vertreter von der IG-Metall-Jugend, von der ver.di Jugend Bayern, von der jungen GEW, des Aktionsbündnis Venezuela, des Bündnisses „Hands off Venezuela“ sowie der Jugendorganisationen solid, SDAJ und AMS angereist.

Obwohl dieses Spektrum für ein erstes Treffen zur Vorbereitung der Weltfestspiele den Kreis der üblichen Verdächtigen deutlich sprengte, war man sich schnell einig: der Kreis soll größer werden. Alle Jugendlichen, die sich in diesem Land

bewegen und für ihre Rechte eintreten, sollen mit. Ausgenommen sind Rassisten, faschistische Organisationen und religiöse Extremisten. Das entspricht dem Ursprung der Weltfestspiele, denn das traditionelle Festival entstammt der unmittelbaren Nachkriegszeit als eine Lehre aus dem Faschismus.

Um sich mit dem Ziel der Reise vertraut zu machen, hatten die Organisatoren des ersten Treffens André Scheer, Autor des Buches „Kampf um Venezuela“, eingeladen. Dieser informierte über den bolivarianischen Prozess in Venezuela, die Versuche der Opposition, diesen zu stoppen, und die Situation nach dem von Hugo Chávez gewonnenen Referendum. Im Anschluss berichtete Tinas Sanders von der SDAJ über den bereits begonnenen Vorbereitungsprozess des Festivals auf internationaler Ebene. Über 60 Organisationen des Weltbundes der demokratischen Jugend (WBDJ) hatten im Juni in Brasilien einen politischen Aufruf mit dem Titel „Für Frieden und Solidarität – Wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg“ verabschiedet und erste organisatorische Absprachen getroffen.

Am Ende des Treffens in Berlin wurde ein sechsköpfiges Koordinierungsgremium gewählt. Er wurde damit beauftragt, Gespräche mit den noch zu gewinnenden Organisationen zu führen und Überlegungen für die Spendensammlung zum internationalen Solidaritätsfonds anzustellen, der Jugendlichen aus armen Ländern die Teilnahme am Festival ermöglichen soll. Ein nächstes Treffen ist für den 20. November geplant. Neben dem bundesweiten Vorbereitungskomitee sollen nun vor allem regionale Vorbereitungskomitees ins Leben gerufen werden.

www.weltfestspiele.de

Auch in Hessen wird es ein regionales Vorbereitungskomitee zu den Weltfestspielen geben.

Kontakt: Matthes.Olaf@t-online.de, 0171/9271955

REZENSION

Die Geburt der Dritten Welt

Kernthese dieses bereits viel besprochen Buches ist, „dass das, was wir heute die ‚Dritte Welt‘ nennen, ein Produkt der Einkommens- und Vermögensungleichheiten ist – der berühmten ‚Entwicklungslücke‘, die vor allem im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts entstanden ist, als man begann, die großen Bauernschaften außerhalb Europas in die Weltwirtschaft zu integrieren.“ Zur Zeit der Französischen Revolution 1789 habe es neben den Klassenunterschieden innerhalb einer Gesellschaft noch keine entsprechenden zwischen den Gesellschaften Europas und Asiens gegeben. Der durchschnittliche Lebensstandard in Europa lag Mitte des 19. Jahrhunderts sogar etwas unter dem Asiens. Die Geburt der „Dritten Welt“ habe sich

im Laufe des Viktorianischen Zeitalters, der Hochphase des liberalen Kapitalismus, herausgebildet, als nämlich die Arbeitskräfte und Produkte der Menschen in den Tropen zwangsweise in die Dynamik der von London gesteuerten Weltwirtschaft integriert wurden. Davis schildert in den ersten beiden Teilen die Hungerkatastrophen zwischen 1876 und 1879 sowie zwischen 1896 und 1900 in Indien, China und Brasilien, die infolge von Dürren zwischen 31 und 61 Millionen Opfer fanden. Er zeigt, dass die Verhungerten nicht allein Opfer von Naturkatastrophen (El Nino) waren, sondern Opfer des Zusammenspiels der ersten Welle der kapitalistischen Globalisierung, der Integration der bäuerlichen Subsistenzwirtschaften in Indien, China etc. in den Weltmarkt und der in der Tat am Ende des 19. Jahrhunderts besonders heftigen Dürrekatastrophen infolge der El-Nino-Southern-Oscillation.

Am Beispiel der indischen Mogule und der chinesischen Kaiser des 18. Jahrhunderts weist Davis nach, wie andere spezifische und soziale Systeme als die vom britischen Imperialismus dominierten

besser auf ähnliche Dürrekatastrophen reagiert haben. Durch ein System von Preisregulierung, Kornspeichern, einem Embargo für Weizenexporte, der unentgeltlichen Verteilung von Lebensmitteln, Bewässerungssystemen und einer niedrigen Besteuerung wurden die Katastrophen vermieden bzw. gemildert.

Das Journal of the Statistical Society veröffentlichte schon 1878 eine Studie, wonach 31 schwerwiegenden Hungersnöten in 120 Jahren britischer Herrschaft nur 17 nachgewiesenen Hungersnöten in den beiden vorangegangenen Jahrtausende gegenüberstanden. Davis Studie besticht durch ihre ungeheure Materialdichte. Zu kritisieren ist jedoch der Anspruch, die Geburt der „Dritten Welt“ erklären zu wollen. Denn Davis gelingt dies lediglich für Indien, China und Brasilien, den Kontinent Afrika behandelt er leider nur am Rande. Dennoch ist Immanuel Wallerstein zuzustimmen: „Ein wichtiger Beitrag zum Verständnis, wie Kapitalisten die Launen des Klimas benutzten, um in der Welt des späten 19. Jahrhunderts Unterentwicklungen zu erzeugen.“

pe

Davis, Mike, Die Geburt der Dritten Welt – Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter, Assoziation A, Berlin, Hamburg, Göttingen 2004



Position - das Magazin der SDAJ*

>> gegen Krieg, Ausbeutung & Imperialismus

>> jetzt kostenloses Probeheft bestellen:

position
Hoffungsstraße 18
45127 Essen

SDAJ

* die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend

Impressum:
Marburger Echo -
Zeitung der DKP für Marburg

Herausgeberin:
Ortsgruppe Marburg der
Deutschen Kommunistischen Partei

V.i.S.d.P.:
H. Selzer
Am Kupfergraben 6
35037 Marburg

Auflage:
500 Exemplare
erscheint vierteljährlich

Layout:
compay

öffentliches Treffen:
jeden ersten Dienstag im Monat,
20 Uhr, Schwanhof,
Schwanenenealle 27-31

Her mit dem Sozial is' muss

DKP

Termine

Öffentliche Mitgliederversammlung der DKP Marburg

> Di. - 02.11.04, 20 Uhr
> Schwanhof, Marburg

Themen unter: DKP-Marburg@web.de

Nazicodes und rechte Strukturen durchschauen

> Do. - 04.11.04, 12.45 Uhr
> KFZ, Marburg

Eine Informationsveranstaltung vom „Jugendbündnis gegen Rechts“ in Zusammenarbeit mit „Schulkultur“.

Irak: Krieg & Widerstand

> Do. - 11.11.04, 20 Uhr
> Kongresshalle, Gießen

Veranstaltung der DKP Gießen:
Ein zweites Vietnam der USA? Widerstand oder Terror? Wer ist der nächste: Iran, Syrien, Kuba, Sudan...? Welche Rolle spielen Deutschland und die EU?
Referent: **Klaus von Raussendorff** - Journalist, Herausgeber der Antiimperialistischen Korrespondenz; als DDR-Kundschafter im Auswärtigen Dienst der BRD tätig, 1990 zu 6 Jahren Haft verurteilt.

Frieden durch Krieg?

11. Friedenspolitischer Ratschlag

> Sa./So. - 4./5.12.04
> Universität, Kassel

„Für ein soziales Europa, von dem nur Frieden ausgeht. Für einen Nahen Osten ohne Krieg, Besatzung und Terror. Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung statt neoliberaler Globalisierung.“

Veranstalter: AG Friedensforschung an der Uni Kassel, www.friedensratschlag.de

DKP

www.dkp-hessen.de